



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE SOMMER/HERBST 2024



Landesverband
Berlin

Turboeinbürgerung

Berliner Verwaltung überfordert!
Seite 2



Foto: stock.adobe, SKT Studio

Das große Bildungsspiel!

Ein Spaß für die ganze Familie!
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: hauptstadtfraktion

Machtmissbrauch

Das neue Stiftungsgesetz ist nichts anderes als Vetternwirtschaft.
Seite 3



Foto: alamy.de, Freelance Fotograf

Foto von links nach rechts: Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Bürgermeister v. Berlin Kai Wegner, Kultursenator Joe Chialo und Alfonso Pantisano (SPD) auf dem Christopher Street Day am 22. Juli 2023

Editorial

von Dr. Kristin Brinker



Liebe Leser,

die Europawahl 2024 hat ein Beben bei denen ausgelöst, die seit Jahr und Tag vor den bösen Rechten warnen. Deutschland ist beim Wahlvolk wieder geteilt: im Westen schwarz und im Osten blau. Was bedeutet das für die bevorstehende Landtagswahl bei unserem Nachbarn Brandenburg? Schon jetzt ist die AfD in Brandenburg mit Abstand stärkste Kraft, sowohl bei der Europawahl (27,5%) als auch bei den Kommunalwahlen (25,7%). Die AfD gewinnt in 16 der 18 Landkreise und kreisfreien Städte. Ein großartiger Erfolg, der auf einen echten Politikwechsel am 22. September 2024 zur Brandenburger Landtagswahl hoffen lässt.

IHRE **KRISTIN BRINKER**
LANDESVORSITZENDE

Wegner auf Abwegen

Nichts von dem, was er versprach, wurde bisher umgesetzt!

Die Berliner haben mit dem Ergebnis der Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 ein klares Zeichen gesetzt. Ein Politikwechsel sollte her. Dafür wurde die CDU in Berlin stärkste Kraft und Kai Wegner nach 22 Jahren SPD-Herrschaft im Roten Rathaus der neue Regierende Bürgermeister der Hauptstadt.

Hat es nach annähernd anderthalb Jahren schwarz-roter Regierung in Berlin tatsächlich den versprochenen Politikwechsel gegeben? Die aktuelle Bilanz ist mehr als ernüchternd.

Erste Amtshandlung des neuen Wegner-Senates war die Einführung einer hoch dotierten zusätzlichen Leitungsstelle in der Senatskanzlei. Damit das nicht zu viel Unmut beim Koalitionspartner auslöst, bekamen kurzerhand alle Senatsverwaltungen gleichermaßen diesen Zusatzposten. Kosten für den Steuerzahler: mindestens 2,5 Millionen Euro pro Jahr.

Wegner erklärte im Wahlkampf die notwendige Verwaltungsreform zur Chefsache. Die Defizite in der Organisation der Verwaltung erleben die Berliner tagtäglich am eigenen Leib. Bis Ende 2023 sollte jeder Bürger innerhalb von 14 Tagen einen Bürgeramtstermin bekommen. Fazit: Nichts ist passiert, alles wie gehabt.

Wegnerversprach, härter gegen die alltägliche Kriminalität in der Stadt vorzugehen

und sich mehr um die Sicherheit der Bürger zu kümmern. Fazit: Die aktuelle Kriminalitätsstatistik belegt eine gegenteilige Entwicklung: mehr Gewalt, mehr Rohheitsdelikte, mehr Einbrüche, mehr Vergewaltigungen.

Wegner tanzt mit Vorliebe auf schwul-lesbischen Straßenfesten und verspricht, Milliarden Euro Sonderschulden zu machen.

Worum kümmerte sich der Regierende eigentlich? Er tanzt mit Vorliebe auf schwul-lesbischen Straßenfesten, verspricht, auf Kosten zukünftiger Generationen Milliarden Euro Sonderschulden zu machen für Klimaprojekte, die das Klima nicht retten können, und lässt im gesamten Stadtgebiet immer mehr Flüchtlingsunterkünfte errichten – häufig gegen den Willen der Anwohner. Die Wegner'schen Abwege werden immer mehr zu Irrwegen.

~KRISTIN BRINKER

Turboeinbürgerung überfordert Berliner Verwaltung

Der älteste unbearbeitete Einbürgerungsantrag ist zehn Jahre alt!

Im letzten Jahr wurden rund 200.000 Ausländer in Deutschland eingebürgert. Das sind so viele Menschen wie seit 25 Jahren nicht mehr. Dabei ist das neue Staatsbürgerschaftsrecht noch gar nicht in Kraft. Dieser Anstieg liegt vor allem darin begründet, dass die Asylanten von 2015 inzwischen lange genug im Land sind, um in den Genuss der regulären Einbürgerung nach acht Jahren zu kommen.

Der Zustrom nach Deutschland, innerhalb der OECD-Staaten und nach den USA das beliebteste Ziel für Migration, bleibt ungebrochen. Allein im vergangenen Jahr gelangten mit 329.000 Zuwanderern so viele Menschen ins Land, wie Neukölln Einwohner hat.

2023 gelangten mit 329.000 Zuwanderern so viele Menschen ins Land, wie Neukölln Einwohner hat.

Die Hauptstadt Berlin ist in Deutschland das bevorzugte Ziel für Migranten. Die als Provisorium eingerichteten Zelt- und Con-



Photo: AfD-Fraktion

tainersiedlungen auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof werden immer größer. Zusätzlich lässt der Senat weitere Modulare Unterkünfte für „Flüchtlinge“ (MUF) und Containerdörfer bauen und mietet ganze Hotels zu Wucherpreisen an.

Das Berliner Landesamt für Einwanderung (LEA) ist mit der gegenwärtigen Situation vollkommen überfordert. Bis vor Kurzem lag die Verantwortung für Einbürgerung noch bei den Bezirken. Seit Jahresbeginn ist in Berlin allein das LEA für die Vergabe deutscher Pässe zuständig, ohne dass die Arbeit dadurch einfacher geworden wäre. Im LEA gibt es Defizite bei der Digita-

lisierung und es fehlt weiterhin an qualifiziertem Personal. Von 179 Stellen waren im Mai 2024 nur 109 besetzt. Der älteste unbearbeitete Einbürgerungsantrag ist zehn Jahre alt, ohne dass es sachliche Gründe dafür gäbe.

Politisch motivierte Entschlüsse des Bundestages sind für ihre problematische Umsetzung in den Ländern berücksichtigt. Es gab überhaupt keinen Grund, die Hürden für die Einbürgerung zu senken. Maßgebend war vermutlich die trügerische Hoffnung, bei der nächsten Bundestagswahl mehr Stimmen zu bekommen.

~HUGH BRONSON

Wer anderen eine Grube gräbt — Lehren aus der EU-Wahl

Das politische Koordinatensystem verschiebt sich in die richtige Richtung

Der 9. Juni war ein Doppel-Wumms für die Ampel-Parteien. Zum einen verloren sie alle an Stimmen, was die Unzufriedenheit mit den drei Parteien untermauert. Im Mai hatte eine ARD-Umfrage ergeben, dass nur noch 23 Prozent der Deutschen mit der Bundesregierung zufrieden sind. Das ist rekordverdächtig wenig.

Auf der anderen Seite mussten die Regierungsparteien erleben, dass die AfD zur zweitstärksten Kraft landesweit aufsteigen konnte. All die Diffamierungen, von der angeblichen Deportationskonferenz im Winter bis hin zu undurchsichtigen Spionage- und Korruptionsvorwürfen gegen führende Kandidaten der Partei, bewirkten nichts.

Besonders gewurmt haben dürfte die politische Linke zudem der Umstand, dass sie das Wahlalter gesenkt hat, weil sie glaubte, bei Nachwuchswählern leichtes Spiel zu haben. Pustekuchen: Bei den

Wählern zwischen 16 und 24 lagen CDU und AfD gleichauf bei 17 Prozent. Die Jugend wählt Mitte-Rechts.

Trotz aller Diffamierungsversuche, steigt die AfD zur zweitstärksten Kraft landesweit auf.

So verschiebt sich das politische Koordinatensystem ein wenig in die richtige Richtung – und zwar in der Mehrzahl der EU-Staaten. In Brüssel mit dabei ist fortan unser **EU-Abgeordneter Alexander Sell** (siehe Foto rechts). Er setzt sich dafür ein, dass die Einzelstaaten wieder mehr Macht über ihre eigenen Belange erhalten und dass sich die EU raushält aus dem Leben der Bürger – und ebenso ihren Taschen.

~ALEXANDER SELL UND RONALD GLÄSER



Photo: stock.adobe.com, katarzyna_AfD-Fraktion



Machtmissbrauch und Vetternwirtschaft

Wie die Altparteien mit dem neuen Stiftungsgesetz weiter unter sich bleiben und das Bundesverfassungsgericht ignorieren.

Anfang Mai brachte die Koalition aus CDU und SPD ein neues Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen und kommunalpolitischer Bildungswerke in das Abgeordnetenhaus ein. Gezwungen hatte sie dazu das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 2023. Das entsprechende Verfahren war von der AfD angestrengt worden, weil diese sich durch die Ablehnung der Finanzierung der Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. in ihrem Recht auf Chancengleichheit im politischen Wettbewerb verletzt sah. Die AfD bekam Recht.

Damit bescheinigte Karlsruhe, dass die jahrzehntelange Finanzierungspraxis der parteinahen Stiftungen durch ein einfaches Haushaltsgesetz verfassungswidrig war.

Bei der Stiftungsfinanzierung geht es um sehr viel Steuergeld. Das Gesamtbudget der parteinahen Stiftungen lag im Jahr 2019 nach Berechnungen der Otto-Brenner-Stiftung bei 699,8 Millionen Euro.

Doch anstatt das Urteil in Demut aufzunehmen, wurden sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene Gesetzentwürfe eingebracht bzw. verabschiedet, die deutlich an den gesetzten Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts scheitern und sich darüber hinaus als bloße AfD-Verhinderungsgesetze darstellen.

Zum Beispiel: Förderberechtigt sind nur Stiftungen und Bildungswerke, deren nahestehende Partei mindestens drei Legislaturperioden dem Abgeordnetenhaus ange-

hört. Passgenau erwartet man in Berlin jetzt anderthalb Jahrzehnte Anwesenheit im Abgeordnetenhaus und zementiert somit den bisherigen Parteienstaat.

Sollte der Verfassungsschutz eine Partei als „gesichert extremistisch“ einstufen, entfällt die Förderung ebenfalls. Das gibt dem Verfassungsschutz zusätzliche Kompetenzen, die ihm bisher nicht zustanden und die missbrauchsanfällig sind.

Die Altparteien machen sich den Staat zur Beute

Die Schlüsselfrage, wie viel Geld zu den parteipolitischen Stiftungen maximal fließen soll, wird erneut nicht beantwortet, obwohl das Bundesverfassungsgericht dies in seinem Urteil ausdrücklich moniert hatte.

In der Ausschussberatung waren handverlesene Anzuhörende. Die Begünstigten von der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) sowie

der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), welche wenig überraschend „keine größeren Bedenken“ hinsichtlich des Entwurfs erkannten. Die AfD-Fraktion hatte den Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau benannt – Ein erfahrener Verfassungsrechtler, der unter anderem das oben benannte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erfolgreich geführt hatte. Mehr Expertise geht kaum. Er wurde trotzdem von der Mehrheit der Ausschusssprecher zurückgewiesen und nicht eingeladen.

„Wir haben überhaupt gar keinen Grund, Herrn Dr. Ulrich Vosgerau eine Bühne als Experte im Berliner Abgeordnetenhaus zu geben“, sagte z.B. der CDU-Fraktionsvorsitzende Dirk Stettner – was bezeichnet ist, da es sich bei Herrn Vosgerau immer noch um ein CDU-Mitglied handelt. Dieses Vorgehen zeigt aber einmal mehr, wie Minderheitenrechte der Opposition im Parlament mit Füßen getreten werden.

Es bleibt also leider alles beim Alten. Die Altparteien machen sich den Staat zur Beute bedienen sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler und schließen einen Großteil der Wählerschaft aus der politischen Teilhabe in diesem Land aus.

~MARC VALLENDAR

Eigentum für (fast) alle ist eine Frage des politischen Wollens

Es gibt nur für jeden zwölften Berechtigten eine Wohnung im sozialen Wohnungsbau

Es gibt wohl keinen Ort auf dieser Welt außer Berlin, wo man stolz darauf ist, ein Leben lang Miete zu zahlen. EU-weit liegt die Wohneigentumsquote bei 70 Prozent, ohne Deutschland mit seiner niedrigen Eigentumsquote wäre diese Quote der EU noch wesentlich höher. Schlusslicht in Deutschland und Europa ist Berlin mit weniger als 15 Prozent, obwohl nach der Wende eine riesige Chance bestand, dies zu ändern.

Berliner Politiker spotten gern, dass Berliner sich gar kein Eigentum leisten könnten, und merken nicht, dass diese Entwicklung auf sie selbst zurückzuführen ist. Ich will ein Beispiel nennen aus Barcelona: Dort gibt es keine Mietwohnungen als sozialen Wohnungsbau, in Barcelona bekommt

ein sozial Bedürftiger eine Eigentumswohnung zu Bedingungen, die er sich leisten kann. Das führt dazu, dass Barcelona eine Wohneigentumsquote von annähernd 90 Prozent erreicht und viele der ehemals Sozialwohnungsbedürftigen mittlerweile mietfrei wohnen. So geht wahrhaftige Sozialpolitik.

Politiker spotten gern, dass Berliner sich gar kein Eigentum leisten könnten

Vergleichbares wäre nach dem Mauerfall in Berlin sehr leicht zu verwirklichen gewesen. Die billig verscherbelten rund 65.000 Wohnungen der GSW kosteten je 31.000 Euro. Hätte man sie an Mieter privati-

siert, hätten wir heute 65.000 Haushalte, die längst von den Lasten der Miete befreit wären. Auch das ist nur eines von vielen Beispielen, wie man schon in der Vergangenheit mieterorientierte Sozialpolitik hätte betreiben können. Stattdessen sieht Sozialpolitik so aus, dass der Senat heute 300.000 Euro pro Wohnung bezuschusst, um eine Sozialwohnung zu bauen. Wohlgermerkt: Die Gesamtkosten liegen noch wesentlich höher. Wohl dem, der in dieser Wohnungslotterie das große Los zieht, denn es gibt nur für ca. jeden zwölften Berechtigten eine solche Wohnung. Die anderen gehen leer aus und müssen über ihre Steuern auch noch die Wohnung des Lotteriegewinners mitfinanzieren.

~HARALD LAATSCH





10 Fragen an: Frank-Christian Hansel

Frank-Christian Hansel MDA,
geboren 1964 in Wiesbaden, aufgewachsen
in München, Unternehmensberater und Philosoph

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Das Hundeauslaufgebiet im Grunewald mit meinem „Blitz“
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Gin Tonic mit Gurke
- Im Radio hören Sie am liebsten...?**
Klassik-Radio
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
Im „San Marco“ in Schöneberg
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Die Freiheit
- Und was ist das Schrecklichste?**
Zu lange dunkle graue Winter
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**
Weil Berlin zu lange unter Wert regiert wird
- Was war Ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**
Die Abwahl von Rot-Grün-Rot bei der Wiederholungswahl 2023
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
Nein.
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
Eine klare Mehrheit für einen mehrheitlich von der AfD bestückten Senat.

**WIR WÜNSCHEN
ALLEN BERLINERN**

*Einen
schönen
Sommer!*



Foto: stock.adobe.com, Piotr Krzeslak



Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.

**Werden Sie jetzt
Teil der Alternative
für Deutschland!**

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO

AfD Landesverband Berlin
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435
Berlin **Verantwortlich im Sinne des
Presserechts** Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 21. JUNI 2024

